

# Weltwochenschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **29 (1939)**

Heft 21

PDF erstellt am: **22.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

# Weltwochenschau

## Spanien auf dem neuen Wege

Die Siegesparade in Madrid hat endlich am 21. Mai stattgefunden. Einige Hinrichtungen in Madrid und Alicante gehörten dazu. Man sieht darin eine Demonstration eindringlicher Art gegen die besiegten Parteien; vermutlich sollen die Kriegsgerichte noch einige Zeit amten; daß Kirchenraub neben „politischen Morden“, wie die Urteile gegen aufständische Offiziere nun genannt werden, als Hauptdelikt der Verurteilten aufgeführt wird, entspricht der spanischen Mentalität; man nimmt Rücksicht auf die streng katholische Kreise, man stempelt antikirchliche Gesinnung zum Hauptmerkmal des Bolschewismus; auf dem Umwege über die Kirchenfeindschaft wird bewiesen, was man dem spanischen Volke beweisen muß: „Großkapitalismus“, der mit den linksbürgerlichen Elementen um Azaña gleichgesetzt, der angeblich vom Freimaurertum angeführt wird und schon dadurch des Teufels sein muß, verbündete sich mit dem Moskauer Kommunismus . . . beide sind antikatholisch und antispanisch . . . ergo . . .

Gleich nach der Siegesparade wurde das Kabinett umgebildet oder soll umgebildet werden; Franco braucht ein „militärisch orientiertes“ Ministerium; nur die Armee vermag die Gegensätze zu überbrücken, die zwischen Monarchisten und Karlisten auf der einen, den fascistischen Phalangisten auf der andern Seite bestehen. Zweifellos werden die „marxistischen“ Elemente der Phalange zufließen; von ihr wird eine Bodenreform erwartet; in Arbeitsfragen müssen die Massen auf sie sehen, nicht auf die konservativen Kreise; der spanische „Caudillo“ hat allen Grund, sich rasch eine Plattform zwischen den beiden Strömungen zu schaffen.

Was das nichtspanische Westeuropa an der Entwicklung interessiert, läuft auf eine sehr einfache Formel hinaus: Siegen die Konservativen, wird die Phalange zurückgedrängt, dann ist es aus mit den Hoffnungen Mussolinis, an den Pyrenäen aufmarschieren und Frankreich im Rücken fassen zu können. Siegt aber die Phalange, dann steht man in der Tat einem „dynamischen“ Spanien gegenüber, und der Beitritt Francos zum Antikominternpakt hat mehr als nur symbolische Bedeutung. Hält sich aber Franco zwischen beiden Lagern, dann müssen die Dinge in der Schwebe bleiben.

Die Hoffnung der Engländer auf eine neue Rechtsentwicklung nährt sich vor allem aus der Tatsache, daß Deutsche und Italiener in der Tat nach Hause ziehen. Es bleiben einzig Instruktionsoffiziere zurück. Mögen die Kriegsmaterialien, die Franco mit Rohstoffen bezahlt hat oder noch bezahlen wird, im Lande bleiben . . . die tägliche und direkte Berührung mit den deutschen und italienischen Militärs hört auf. Und damit muß auch eine Strömung die Oberhand gewinnen, die mehr als natürlich erscheint: Die Sehnsucht der Spanier nach einem gesicherten Frieden. Drei Jahre Bürgerkrieg auf den Seelen . . . das zählt.

Es ist also anzunehmen, daß selbst die „dynamischen“ Phalangisten nicht offene Kriegspolitik treiben dürfen; zum mindesten eine Pause müssen sie dem ausgebluteten Lande versprechen, ehe sie nach neuen „Großtaten“ rufen. Ganz abgesehen von den Kosten einer Aktion an der Seite der Achsenmächte, die nach der Verarmung aller Volksschichten untragbar scheinen!

Am wirtschaftlichen Hebel versuchen Frankreich und England in der Tat auch anzusetzen. Frankreich beeilt sich gar nicht, das Gold der spanischen Nationalbank auszuliefern, trotzdem eine solche Auslieferung im sogenannten „Bérard-Abkommen“ vorgesehen war. Alle Kreise, selbst die franco-freundlichen, scheinen klar zu sehen; Frankreich kann dem Caudillo keine Mittel liefern, die vielleicht morgen zur Finanzierung einer Aktion gegen die Pyrenäen oder gegen Französ-

fisch-Marokko gebraucht werden. Das gilt, auch wenn die Golddepots unzweifelhaft Spanien gehören. Zuerst müssen Garantien für ein künftiges Wohlerhalten existieren. Eine erste Garantie wird natürlich der vollendete Rückzug der Italiener und Deutschen sein. Je nach der Behandlung der Golddepotfrage durch Frankreich wird man sehen, ob man in Paris Franco zu trauen beginnt, oder ob man zuerst noch wirtschaftliche Zugeständnisse abwarten will.

Diese Zugeständnisse würden recht eigentlich verraten, ob die kriegswichtigen spanischen Rohstoffe von den Achsenmächten schon ganz mit Beschlagnahme belegt seien, also im vollen Umfange der Rüstung Deutschlands zukommen sollen, oder ob Spanien alle Mächte paritätisch behandeln und damit seine künftige Neutralität bekräftigen will. Vermutlich wollen London wie Paris in diesen Dingen klar sehen. Solange sie auf dem spanischen Markt im Hintertreffen bleiben, ändert sich ihre Haltung auf dem finanziellen Boden, nicht nur in der Golddepotfrage, kaum. Festzustellen ist, daß vor kurzem sowohl in London wie in Paris erklärt wurde, die Gewährung einer Wiederaufbauleihe an Spanien komme nicht in Frage. Das bedeutet, daß man in Francos Kurs vorderhand alle Zweifel setzt.

## Die Diktatoren manövrieren.

Der Abmarsch der „Legionen“ aus Spanien, die geplanten festlichen Empfänge für die angeblichen Freiwilligen in Hamburg und in Rom, sehen aus wie ein Verzicht auf die „totale Aktion“ im Mittelmeerraum, oder wenigstens wie eine Aufschiebung. Vermutlich aber wird mit diesem Heimarsch noch etwas anderes bezweckt. Man überlege sich einmal, welche Rückwirkung die Lockerung des Druckes an der Pyrenäenfront auf bestimmte französische Kreise ausüben wird! Mit aller Bestimmtheit werden sich morgen jene Propheten äußern, die schon bisher ehrlich an Mussolinis Ehrlichkeit geglaubt: Seht, Italien hat ganz selbstlos den spanischen Bolschewismus niedergedrückt und hält sein Versprechen, zieht seine Freiwilligen zurück! Die Aussicht, in den Reihen der Franzosen Uneinigkeit zu erzeugen, ist auf einmal wieder gewachsen. Und da der Duce Monat auf Monat vertrocknen läßt, ohne in Tunis anzugreifen, könnte die Flandringruppe in Frankreich wieder mobil werden.

Ein auf Zeit gedachter „strategischer Rückzug“ der beiden Diktatoren wäre heute, ganz abgesehen von der aufgegebenen spanischen Position, das Gegebene, um die Reihen der demokratischen Mächte zu verwirren. Es steht ja für Hitler wie für den Duce fest, daß die Engländer gar nicht anders können, als das Russenbündnis abzuschließen. Bonnet, Halifax und der russische Delegierte Maisky dürfen in Genf gar nicht mehr auseinander gehen, ohne sich geeinigt zu haben. Der britische „Observer“, die Kreise um Churchill, die französische Regierung, die öffentliche Meinung in Frankreich und England wissen heute genau, daß die gesamte bisherige Arbeit aufs schwerste diskreditiert wäre, und daß sämtliche Bündnis- und Garantieverprechen torpediert würden, wenn man die Russen ziehen ließe. Und genau das hat man auch in Berlin begriffen, und darum hat ein regelrechter, wenn auch nicht sogleich als solcher erkennbarer Rückzug begonnen . . . selbstverständlich ein Rückzug, der in letzter Stunde die britisch-russischen Verhandlungen zur Katastrophe führen soll.

Zuerst ist festzustellen, daß auch in Danzig, außer Zwischenfällen, wie im Mittelmeer, andauernd „nichts passiert“. Der britische „Observer“ stellt zu Händen Chamberlains fest, daß es einzig die britische Ga-

rantierung Polens sei, die das Anhalten der hitler'schen Aktionen bewirkte. Es ist ganz klar, daß der „Observer“ recht hat. Aber man muß beifügen, daß es nun für Deutschland gilt, jene britischen Kreise mobil zu machen, die Danzig und Polen ebenso „freigeben“ wollen, wie sie vor einem Jahre die jüde-tend-deutschen Gebiete freigaben. Das hitler'sche Anhalten und „in Spannung halten“ erreicht nebenbei den Zweck, gewisse Kreise Englands „ins Wechselbad von Furcht und Hoffnung“ zu setzen; heute geheime Versprechungen, morgen wieder Nachrichten über Aufmärsche, dazwischen ein unterschriebener Militärpakt . . . auf die Dauer können selbst Engländer das „Verweifen“ nicht ertragen.

Daß geheime Versprechungen gegeben werden und wurden, möglicherweise nicht einmal von der deutschen Regierung, erkennt man an verschiedenen Vorkommnissen, genauer gesagt, an Strömungen in britischen Kreisen. Man hört von neuen Rohstoffverkäufen britischer Lieferanten an die Achsenmächte; es handelt sich um typische Materialien für die Rüstung. Chamberlain erklärt im Unterhaus, es lasse sich dagegen gesetzlichermaßen nichts tun. Und dies, nachdem die britische Industrie schon gezwungen wurde, sich nach den Bedürfnissen der Landesverteidigung zu richten!

Ins gleiche Kapitel gehört die Freigabe von tschechischem Golde zugunsten der Reichsbank . . . man kann lange sagen, die „BZ“ habe entschieden; im Grunde entschieden mächtige britische Geschäftsleute. Mit Hilfe dieser Kreise will der deutsche Ministerialdirektor Wohltat in London „angeln“, will er die deutsch-britischen Industrieversprechungen aufnehmen, will der deutsche Botschafter von Welczek in Paris die deutschfreundlichen Kreise Frankreichs mobilisieren. Sein erster ergebnisloser Besuch bei Außenminister Bonnet bedeutet nur einen Anfang.

### Argumente der Gegner

Es lohnt sich, zu untersuchen, welche Argumente die Gegner der Vorlage vom 4. Juni ins Feld führen, um die Verwerfungsparole zu begründen. Der „senkrechte Eidgenosse“ findet es ja kaum möglich, Nein zu sagen. Das Land muß verteidigt werden. Die Verteidigung kostet Geld und wiederum Geld. Vermeint eine Volksabstimmung den vorgeschlagenen Weg, notwendige Mittel zu beschaffen, obschon Bundesrat und Parlament keinen andern gefunden haben, dann muß das Geld eben doch her, und nichts bleibt übrig als das Diktat . . . das heißt der „dringliche Bundesbeschluß“. Man könnte schon hier anfangen zu kritteln und zu sagen, wo denn die Abstimmungsfreiheit bleibe! Stimm ja und gewähre die Mittel, oder rischiere, daß diktiert wird! Was kann da ein Nein noch bedeuten? Es ist sowieso wertlos! Ja, wenn man so argumentieren könnte! Das Volk ist eingeladen, die Lage zu bewerten, wie sie bewertet werden muß: Gefahr in Verzug! Nur ein Weg ist gangbar . . . begreift man die Stunde? Irgendwie stellt sich die Frage nicht mehr so, daß wir uns über den Zwang, ja zu sagen, empören dürfen. Es ist beinahe wie beim Sterben, wo unser eigenes Belieben eben auch aufhört.

Trotzdem stellen die Gegner der Vorlage den Fall so dar, als gebe es Möglichkeiten, anders zum Ziel zu gelangen. Die „Schweizerische Handelskammer“, die kürzlich tagte, ist der Ansicht, die Arbeitslosigkeit gehe ständig zurück, eine besondere Arbeitsbeschaffung von Bundes wegen erübrige sich; die militärische Landesverteidigung könne auch ohne Annahme der Vorlage vom 4. Juni durchgeführt werden. Gewiß ist, daß gegenwärtig der Druck der Arbeitslosigkeit sich lockert. Aber noch feiern 50,000 Leute. Gewiß ist auch, daß die Verteidigung auf jeden Fall durchgeführt wird . . . wir wissen längst, daß man in Bern nicht auf den Ausgang des 4. Juni gewartet hat, wissen, daß längst so gearbeitet wird, als sei das Geld bewilligt. Eben darum haben die Herren recht . . . es würde „auch

ohne Annahme der eidgenössischen Vorlage“ gehen. Wir haben eingangs gesagt wie: Man müßte einfach diktieren. Aber es wird eben gehofft, beim Diktieren würde anders verfahren als es die Vorlage will. Das heißt, es würde ohne Ausgleichsteuer und ohne Herbeiziehung des Abwertungsgewinnes gehen. Zollerhöhungen? Einfuhrgebühren? Es sind doch sonst nicht gerade die Leute der „Handelskammer“, die für eine Belastung des Konsums durch eidgenössische indirekte Steuern stimmen. Man muß wirklich fragen, welche Geldquellen sie aufzeigen, um an der Ausgleichsteuer vorbei zu kommen.

Halten wir fest: Es würde „trotzdem gehen“. Aber nicht das ist den Kreisen wichtig, die es festgestellt haben: Sie wollen die Methode der Mittelbeschaffung verwerfen . . . Es ist üblich, von andern Dingen zu reden, als man meint . . . darum redet man von der „im Grunde überflüssigen Vorlage“ und verschweigt, daß man nicht die Landesverteidigung, sondern das Bezahlen meint. Von anderer Seite wird auf eine Unterscheidung zurückgegriffen, die man gerne in den eidgenössischen Räten durchgesetzt hätte und . . . nicht durchgesetzt hat. Man sagt: Gut, verstärkte Landesverteidigung! Sie ist notwendig! Nicht notwendig aber ist die damit verknüpfte Arbeitsbeschaffung, die in die „freie Wirtschaft“ eingreift. Es gibt sicher ehrliche Verfechter der freien Wirtschaft, die so argumentieren. Sie sollen sich aber überlegen, warum unsere Behörden beide Pläne zusammengefaßt haben. Gewiß nicht umsonst! Ein großer Teil der Arbeitsbeschaffung fällt direkt, ein anderer Teil indirekt in den Aufgabenkreis eben der verstärkten Landesverteidigung. Und der Rest soll jenen Teil unserer Arbeitslosenarmee auffangen, der vielleicht fähig wäre, unsere Moral zu schwächen . . . Und das ist gewiß nicht nebensächlich!

Besonders geschickt arbeiten die Warenhäuser, die ja einen besondern Gewichtstein tragen werden: Sie verzichten auf eine politische Bekämpfung der Vorlage, aber sie beklagen die Unmöglichkeit einer freien Willensbildung beim abstimmen den Bürger. „Mit einem einzigen Ja“ müsse er Dinge schlucken, die er wirklich bejate, und andere, die er von Herzen verneine. Landesverteidigung . . . wer möchte da nicht ja sagen! Arbeitsbeschaffung? Auch hier ist gewiß keiner dagegen. Aber Ausnahmesteuern? Belastung bestimmter Betriebe? Muß nicht manchem das Herz bluten, wenn er mit dem geforderten einzigen „Ja“ auch solche Steuern bejaten soll? Ach ja, es wäre schön, wenn wir jedes Gesetz paragraphenweise durch die Referendumsstürme schicken müßten. Wahrheit ist eben auch hier: Bundesrat und Parlament wollen mit dem „einzigen Ja“ eben die Art der Mittelbeschaffung festlegen, und wir sind überzeugt, daß gerade im Mittelstand dieses Ja sehr kräftig tönen wird, gerade weil die Giganten des Konkurrenzkampfes einmal besonders zum Zahlen herangezogen werden. Mancher wird sogar der Ansicht sein, mehr hätte auch nicht geschadet!

### Die stimmrechtlosen Bürger tagen

Wir meinen die „Bürgerinnen“, die in Brugg getagt, die Mitglieder des schweizerischen Frauenstimmrechtsvereins. Sie haben uns an eine recht merkwürdige Tatsache erinnert: Daß nämlich unsere obersten Behörden seit 20 Jahren eine „Motion Greulich-Götttsheim“, welche die Einführung des Frauenstimmrechts auf eidgenössischem Boden verlangte, studieren. Seit zwanzig Jahren!

Motionen, welche Dinge betreffen, die den stimmbahigen Bürger angehen, bleiben nicht zwanzig Jahre liegen, das ist sicher. Aber es ist auch sicher, daß die Rednerin Frau Wischer-Alioth, Basel, recht hatte, wenn sie feststellte: Die Frauen selber sind daran schuld, daß es nicht vorwärts geht. Mit andern Worten: Bundesrat und Bundesversammlung würden sich rühren, wenn die Frauen im Lande, wir meinen die große Masse, sich zuerst wirklich rühren wollten . . . —an—